

14.11.2003

## **Rede auf der 100. Kundgebung der Nordbremer Bürgerinnen und Bürger gegen den Krieg**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

von Erich Fried stammt dieser Spruch:

Ich bin der Sieg

Mein Vater war der Krieg

Der Friede ist mein lieber Sohn

Der gleicht meinem Vater schon.

Erich Fried schrieb diese Zeilen 1945. Deutschland und große Teile Europas lagen in Trümmern. Übermorgen, am Volkstrauertag, wird daran wieder in den Kirchen und auf den Friedhöfen erinnert werden. Nazi-Deutschland hatte einen ganzen Kontinent in Brand gesetzt und unsägliches Leid über Millionen Menschen gebracht. Aus dieser Erfahrung heraus sagten die Menschen damals: Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus.

Doch nur 10 Jahre später wurde in Deutschland – trotz massiver Proteste – wieder eine Armee aufgestellt. Der Auftrag der Bundeswehr wurde allerdings sehr eng definiert. Sie sollte ausschließlich der Landesverteidigung dienen.

Mit diesem Auftrag erwarb sich die Bundeswehr eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz. Und gleichzeitig gab und gibt es immer Menschen, die sich weiterhin für ein strikt ziviles Deutschland einsetzen.

Anfang der 90er Jahre wurde der Auftrag der Bundeswehr nach und nach erweitert. Die sogenannten Einsätze in fremden Ländern nahmen zu. Und 1999 war es dann soweit, dass die Bundeswehr zusammen mit anderen NATO-Ländern ein souveränes Land angriff. Sieben Wochen lang wurde Jugoslawien bombardiert. Schulen, Krankenhäuser, Fernsehsender, Fabriken zur Produktion lebenswichtiger Güter, Chemiewerke, Flüchtlingstrecks wurden zu Zielen der Bomberpiloten, und auch das kleine Dorf Vavarin, in dem die Bewohner gerade das Pfingstfest feierten. Und der Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte: Wir führen keinen Krieg.

Ein katholischer Priester, der in Elendssiedlungen in El Salvador arbeitet, erzählte mir, was die Armen darüber dachten. Sie sagten: „Das ist die neue Methode der reichen Länder, um die Armen weiter auszuplündern. Sie kommen mit ihren modernen Flugzeugen und werfen aus großer Höhe Bomben ab. Dagegen sind wir völlig wehrlos.“

Und ich frage mich, was werden die Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens und in anderen Gegenden der Erde wohl empfinden, wenn eines Tages Kriegsschiffe auch der Bundeswehr vor ihren Küsten auftauchen und sie mit ihren neuen, modernen Waffen bedrohen werden? In den Planungen der Bundeswehr für zukünftige Kriege ist von einer sogenannten „Deep-Battle-Kapazität“ die Rede. Gemeint sind damit Waffensysteme zu Land und zu Wasser, die tief in das Landesinnere hinein wirken. Von einem Kriegsschiff aus können dann 200 kg-Sprengköpfe in einer Entfernung von 400 Kilometern noch auf 10 Meter genau zur Detonation gebracht werden.

Geplant ist, dass die Bundeswehr in den kommenden Jahren für ungefähr 113 Milliarden Euro aufgerüstet werden soll: 180 Eurofighter, 60 Transportflugzeuge, 219 Transporthub-

schrauber, 212 Kampfhubschrauber, ein Satellitenkommunikationssystem, 3 Fregatten und 15 Korvetten.

Die Bundeswehr soll so umstrukturiert und aufgerüstet werden, dass sie zeitgleich zwei Operationen oder Kriege mit je 10.000 Soldaten oder eine Operation, bzw. einen Krieg mit bis zu 50.000 Soldaten führen kann. Außerdem soll sie das größte Kontingent an der weltweit einsetzbaren Schnellen Eingreiftruppe der Europäischen Union stellen. Schon heute brüstet sich unsere Regierung damit, nach den USA zweitgrößte Truppenstellerin der NATO zu sein.

Das alles kostet natürlich viel Geld. Tatsache ist, dass die Ausgaben für die Bundeswehr im Verhältnis zu anderen Staatsausgaben stetig steigen. Die Bundeswehr müsse sich auf neue Aufgaben einstellen, sagte der Bundeskanzler Gerhard Schröder nur eine Woche nach Beginn des Krieges gegen den Irak. Wenn die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, müsse man über eine Erhöhung nachdenken. Nur wenige Tage zuvor hatte der Bundestag beschlossen, der Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 2003 keinen Zuschuss zu gewähren. Weniger Geld für Arbeitslose, für Rentner, für die Schwächsten der Gesellschaft, für Schulen und Krankenhäuser, aber mehr Geld für die Aufrüstung der Bundeswehr, nach dieser Maxime wird zur Zeit Politik gemacht.

Die Bundeswehr wird dabei immer mehr zu einem Mittel der Außenpolitik. Am 21. Mai dieses Jahres stellte Verteidigungsminister Peter Struck die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vor. Darin wird die ganze Welt als künftiger Einsatzradius der Bundeswehr definiert. Im Grundgesetz allerdings heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“, und „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ (GG Artikel 87a, Absatz 1 und 2). Der Berliner Jura-Professor Christian Pestalozza bezeichnete die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien sehr freundlich als „verfassungsfern“. Der Verteidigungsminister definierte einfach neu, was Verteidigung heißt. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt,“ sagte er (am 5. Dezember 2002). In den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt es: „Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen.“ (57) Die Bundeswehr wird in dem Papier auch in klaren Worten als Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen benannt: „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren und eine aktive Rolle in der Friedenssicherung zu spielen, stellt Deutschland in angemessenem Umfang Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können.“ (72)

Es wird klar gesagt: bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, das heißt auch bei den Kriegen gegen fremde Länder, geht es darum, deutsche Interessen zu verteidigen. Und der Ausdruck „verteidigen“ bedeutet in diesem Zusammenhang auch „durchsetzen“. Deutsche Interessen sollen weltweit militärisch durchgesetzt werden. Und es ist nicht schwer zu erraten, was mit „Deutsche Interessen“ gemeint ist.

Durch die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr sichert und vergrößert die Bundesregierung den deutschen Einfluss im internationalen Kräftespiel. Ein weiteres Ziel ist der Zugriff auf die Bodenschätze fremder Länder. Diese müssen dann natürlich auch sicher transportiert werden können. Kurz gesagt: Es geht darum, Geld zu verdienen. Kriege werden in erster Linie geführt, damit besser Geld verdient werden kann. Wenn die Bomben fallen, dann steigen die Aktien. Geld verdient wird daran auch schon, bevor die Bomben fallen. Die Rüstungsindustrie verdient in jedem Fall am Krieg. Der Krieg ist sozusagen ein großes Schaufenster, in dem sie ihre neuen Produkte zeigen. Und nach dem Krieg dürfen sie dann mit neuen Aufträgen rechnen, wenn ihre Produkte im wahrsten Sinne des Wortes gut eingeschlagen sind. Vor wenigen Wochen erst forderte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, dass die Ausgaben für die Bundeswehr erhöht werden. Rüstung kostet viel Geld, das dann an anderer Stelle fehlt.

Weil wir Menschen aber eine natürliche Hemmung haben, einen anderen Menschen zu töten, und weil es in unserem Land immer noch ganz viele Menschen gibt, die Krieg ablehnen, wird das Ganze anders bezeichnet. Oder die öffentliche Meinung wird massiv manipuliert. Besondere Blüten trieb die Schönfärberei des Krieges vor vier Jahren beim Jugoslawien-Krieg. Von Nothilfe war die Rede, von der Verantwortung, die man wahrzunehmen habe, von einer humanitären – das heißt menschenfreundlichen – Intervention, bis hin zu der Aussage: „Wir führen keinen Krieg.“ Und der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping präsentierte uns abenteuerliche Horrorgeschichten über das Verhalten der Serben. Hinterher kam natürlich alles heraus. Der WDR nannte seinen Film über diese Praktiken: Es begann mit einer Lüge. So ist es. Fast jeder Krieg beginnt mit einer Lüge, und wird mit Lügen fortgesetzt. Im Irak-Krieg in diesem Jahr war das wieder sehr deutlich. Eine Lüge wird besonders häufig genannt, auch im Zusammenhang mit dem Sozialabbau: Es gibt keine Alternative.

Die verantwortlichen Politiker möchten, dass wir ihren Kriegen zustimmen. Und das ist unsere große Chance, denn wir leben heute in einer Demokratie. Das macht einen großen Unterschied zu früheren Zeiten. Die Frage ist: Wollen wir, dass deutsche Interessen auch mit militärischer Gewalt gegen die Menschen in anderen Ländern durchgesetzt werden? Sind diese Interessen auch wirklich unsere Interessen?

Wenn das nicht der Fall ist, dann kommt es darauf an, dass wir massenhaft und unüberhörbar Nein sagen zur Vorbereitung und zur Durchführung künftiger Kriege. Ihr, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde hier in Bremen Nord, tut das mit einer bewundernswerten Ausdauer. Dies ist heute die 100. Friedenskundgebung. Ihr steht hier auch stellvertretend für viele andere. Und ihr zeigt: Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen keine Rüstung. Wir glauben denen nicht mehr, die den Krieg schön reden. Wir haben als Friedensbewegung einen langen Atem. Ihr seid ein Zeichen der Hoffnung.

Während des Irak-Krieges wurde deutlich, dass eine klare Mehrheit unseres Volkes dagegen war. Dabei spielte es keine Rolle, zu welcher Partei jemand gehört. Auch in den Regierungsparteien gibt es viele Menschen, die den gegenwärtigen Kurs ablehnen. Lasst uns alle zusammen dafür sorgen, dass immer mehr Menschen Nein sagen zur Aufrüstung, und dass die Mehrheit gegen den Krieg auch dann steht, wenn die Bundeswehr mal wieder in einen Krieg geschickt werden soll.

Es gibt immer Alternativen zum Krieg, und übrigens auch zum Sozialabbau. Als erstes müssen die sogenannten „Einsatzkräfte“ der Bundeswehr, also die Truppenteile, die für weltweite Interventionen ausgerüstet und ausgebildet sind, aufgelöst werden. Die damit gebundenen Milliarden brauchen wir dringend für Krankenhäuser, Schulen, zur Unterstützung der Arbeitslosen und anderer an den gesellschaftlichen Rand gedrängter Menschen. Wir brauchen dieses Geld auch, um die Menschen in den armen Ländern zu unterstützen, und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Auf den großen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg und gegen die globale Ausbeutung der armen Länder wurde in letzter Zeit häufig die Parole gerufen: „Eine andere Welt ist möglich.“ Eine Welt ohne Krieg, eine Welt, in der alle Menschen in Würde und Glück leben werden, eine gerechte Welt, ist möglich. Lasst uns diese Überzeugung bewahren und mit anderen teilen. Für mich persönlich gründet sie in den Verheißungen der Bibel. Da wird gesagt, dass Gott eine neue Welt schaffen wird, und sicher nicht ohne uns Menschen. Bei dem Propheten Jesaja heißt es: „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“  
So wird es eines Tages sein.

Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.